

Die 'Freiheit' erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags aus-  
serhalb. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin  
1,20 M. Im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 1,10 M. Für Post-  
bezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Kreuzband  
liegen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M.  
In Belgien, Schweiz, Dänemark, per Brief für Deutschland und Österreich 30,- M.  
Verhalten, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 5-6.

Die achtspaltige Konzeptschleife über deren Raum kostet 1,- M. einschließlich  
Teuerungszuschlag. Klein-Konzeptschleife: Das fertige Produkt 1,- M., jedes weitere  
Produkt 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif.  
Familien-Anzeigen und Stellen-Befehle 1,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Befehle  
in West-Anzeigen: das fertige Produkt 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M.  
Fernsprecher: Zentrum 2030, 2645, 4516, 4603, 4635, 4649, 4923

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Die Drageschregierung abgeblitzt!

### Der einzig richtige Standpunkt

Berlin, 12. Dezember.

Beim Auwärigen Amt ist gestern abend die Antwort der Interalliierten Kontrollkommission auf die am 3. Dezember abends übergebene deutsche Note über die Einwohnerwehren eingetroffen. Die Kontrollkommission erkennt die Gründe für eine besondere Behandlung der Einwohnerwehren in Bayern und Preußen nicht an, wiederholt die grundsätzliche Forderung sofortiger Auflösung und Entwaffnung aller Selbstschutzorganisationen und verlangt unverzüglich Mitteilung darüber, welche Maßnahmen die deutsche Regierung hierfür zu treffen gedenkt. Der Wortlaut wird alsbald veröffentlicht werden.

Die Schnelligkeit, mit der die Antwort erfolgt ist, läßt darauf schließen, daß die Kontrollkommission auf Grund älterer Instruktionen gehandelt hat. Die deutsche Note kann in den fremden Hauptstädten noch nicht vorgelesen haben. Bei der unzeitigen Bedeutung der Frage für Deutschland wird es aber unvermeidlich sein, daß sich die alliierten Regierungen selbst auf dem Wege in der deutschen Note vorgebrachten Argumente damit befassen, wobei zu hoffen ist, daß sie den augenblicklich bestehenden Verhältnissen Rechnung tragen werden. Die deutsche Regierung wird durch ihre Boten entsprechende Schritte unternehmen lassen.

Wir haben immer betont, daß die Auflösung der Einwohnerwehren in erster Linie eine innerpolitische Angelegenheit ist. Die Einwohnerwehren haben sich am 13. März offen auf die Seite Kapp-Lüttich geschlagen und sich als das erwiesene, was sie ihrer Bestimmung nach sein sollten: die taktischen Reserveformationen der monarchistischen Konterrevolution. Wenn die Regierung ihre Pflicht erfüllen wollte, das Volk vor einem neuen blutigen Verbrechen zu bewahren, dann hätte sie die Einwohnerwehren mit Stumpf und Stiel austrotten müssen. Sie war dazu außerdem verpflichtet durch das Versprechen, das beim Abbruch des Generalstreiks den Gewerkschaften gegeben hatte. Aber die Regierung ist nicht nur wortbrüchig geworden, sie hat es auch gebuddelt, daß sich die Einwohnerwehren und Zeitfreiwilligen nach dem 13. März in der Dragesch eine viel festere Kampforganisation geschaffen haben. Was die Note des Ministers Simons über die Ziele der Dragesch sagte, war eine Wiedergabe der Lügen, die der kappistische Minister Kahr aus Bayern während seines Aufenthaltes in Berlin dem Außenminister ein-

flüster hatte. Wenn der Staat schon in „ordnungsfeindliche“ und „ordnungsliebende“ Elemente eingeteilt werden soll, wie es Herr Simons beliebte, dann steht fest, daß die „Ordnungsfeinde“ ausschließlich in den Reihen der Dragesch formiert sind und auf das Signal zum Sturze der Republik warten.

Dadurch, daß die Regierung die Rüstungen der Dragesch duldet, legalisiert sie die Konterrevolution und gibt damit dem kommenden Rechtsputsch ein festes militärisches Fundament. Für diese Politik ist in erster Linie die deutsche Volkspartei verantwortlich, deren Aufgabe es ist, den monarchistischen Gedanken von Regierung wegen die Bahn zu ebnen.

Das ist die innerpolitische Seite dieser Angelegenheit, die von der Arbeiterklasse durch einen verstärkten Kampf gegen die Drageschregierung erledigt werden muß. Die Republik ist nicht bedroht von der entwaffneten Arbeiterkraft, sie wird bedroht von der bis an die Zähne bewaffneten Reaktion. Außenpolitisch bedeutet diese Bewaffnung einen glatten Bruch des Friedensvertrages und des Spaer Abkommens. Deshalb war die Lügennote eine Herausforderung an die Entente und die Arbeiterkraft hat keine Ursache, diese Konfliktspolitik, die die Regierung im Dienste der Reaktion betreibt, in irgendeiner Weise zu stützen. Wir verlangen die Entwaffnung der reaktionären militärischen Geheimorganisationen, weil sie den Bestand der Republik bedrohen, wir fordern aber auch die restlose Erfüllung des Friedensvertrages bezüglich der militärischen Abmachungen, und zwar ohne jede Hinterhältigkeit, weil die restlose Entmilitarisierung Deutschlands die erste Voraussetzung für eine Revision des Friedensvertrages bezüglich seiner harten wirtschaftlichen Forderungen ist.

Diese Schlussfolgerungen gehen nicht auf „ältere Instruktionen“ zurück, sondern sie entsprechen der realen Gegenwart, und es ist von „vitaler Bedeutung“ für die nächste Zukunft Deutschlands, diesen Schlussfolgerungen Rechnung zu tragen. Hatte die Regierung schon das Schamgefühl verloren, als sie bei der Entente durch eine lägerische Note die Beibehaltung der bewaffneten monarchistischen Banden zu erbeten versuchte, so erreicht sie den Gipfelpunkt heuchlerischer Frechheit, wenn sie jetzt den Versuch unternimmt, die ablehnende Antwort der Entente auf „ältere Instruktionen“ zurückzuführen, wo doch jeder Tag einen neuen Beweis für die schieferhaften Geheimrüstungen der Gegenrevolution erbringt.

## Die bayrischen Einwohnerwehren

Die bayrische Presse ist voller Jubel über die Note des deutschen Außenministers Simons an General Nollet über die Einwohnerwehren. Das ist ein böses Omen für diese Note. Die deutsch-nationale „Münchener Augsburgische Abendzeitung“ schreibt: „Die Reichsregierung hat sich, was mit allem Nachdruck hervorgehoben sei, den Standpunkt der bayrischen Regierung zu eigen gemacht. Die Reise Herrn v. Kahr nach Berlin hat ihre Früchte getragen, er hat die Reichsregierung zu überzeugen gewußt.“ Nun muß allerdings zugegeben werden, daß Herr Simons den Standpunkt der bayrischen Regierung kritisch übernommen hat. Die Note über die Einwohnerwehren ist wohl das unglücklichste Schriftstück dieser Art, das je das Außenministerium in Berlin verfaßt hat. Herr Simons ist auf die unwahren Darstellungen, die er vom bayrischen Ministerpräsidenten empfangen hat, glatt hereingefallen und hat sie in seine Note übernommen. Alles was darin über die bayrischen Einwohnerwehren gesagt wird, ist un wahr, von Anfang bis zu Ende. Es lohnt schon der Mühe, die größten Unrichtigkeiten zu korrigieren.

Vor kurzem hat die Landesleitung der bayrischen Einwohnerwehren in München das Ringhotel gemeinsam mit der Dragesch bezogen und besitzt dort 100 Geschäftszimmer. Es wird wohl niemand außer Herrn Simons so naiv sein, zu glauben, daß man zu reinen Verwaltungsgeschäften für die Einwohnerwehren einen solchen Apparat benötigt. Die ganze bayrische Einwohnerwehr ist stramm militärisch organisiert und steht in enger Verbindung mit der Reichswehr, also mit militärischen Stellen. Außerdem ist der Landeshauptmann der E. W. Herr Forstner Escherich gleichzeitig der Leiter der Dragesch, die sämtliche Selbstschutzorganisationen im Reich zusammenfaßt. Diese Personalunion zeigt aufs Deutlichste jedem, der sehen will, daß die bayrische E. W. mit den Selbstschutzorganisationen im Reich zusammenarbeitet.

Wie eng die Verbindung mit der Reichswehr ist, geht auch daraus hervor, daß die Landesleitung der E. W. weniger gut erhaltene Gewehre bei der Reichswehr gegen taubere Gewehre umtauscht und daß Waffen von norddeutschen Reichswehrverbänden an die bayrische Dragesch geliefert werden. Herr Escherich hat ja wiederholt Pressevertretern gegenüber geäußert, daß er im ganzen Reich seine Selbstschutzorganisationen mit den Waffen der Reichswehr bewaffnen könne, falls irgendwo ein Putsch ausbrechen sollte. Das alles sind Tatsachen, die längst durch die Presse bekannt geworden sind und trotzdem behauptet die Note der Reichsregierung, „die bayrische E. W. ist von Selbstschutzorganisationen außerhalb Bayerns unabhängig und hat keinerlei militärischen Charakter und keinerlei Beziehungen zum Militär oder zu militärischen Behörden“.

Auch die Behauptung, daß die E. W. zum größten Teil aus Waffenunkundigen und Militärdienstuntauglichen bestehe, ist un wahr. Jedes Mitglied der E. W. ist im Waffendienst ausgebildet. Die Note behauptet ferner, daß die Einwohnerwehren während ihres Einfaches polizeiliche Rechte besitzen, wie die Schutzmannschaft und die Gendarmarie. Auch das ist unrichtig. Die Befugnisse der E. W. gehen viel weiter, als die der Polizei. Die E. W. und die Dragesch sind in militärische Stäbe gegliedert. Einer der Stabsleiter hatte vor kurzem eine Waffenablieferung nach Tirol zu leiten und wurde von unseren Innsbrucker Genossen erwischt. Dabei wurde festgestellt, daß dieser Stabsleiter — Herr Dehl — einen Ausweis wie alle Stabsleiter besaß, der den Inhaber u. a. berechtigt, im Falle des Aufgebots den Staatsfernsprechverkehr zu benutzen, Lokomotiven anzufordern und eigene Transporte befördern zu lassen, den Bahntelegraphen zu benutzen und alle Reichsmilitärposten ungehindert zu durchschreiten. Die Behörden werden zur Unterordnung und Unterstützung angewiesen. Diese Ausweise tragen die Unterschrift des Landeshauptmanns der bayrischen Einwohnerwehr, Herrn Escherich.

Daß diese Befugnisse rein polizeilicher Natur sind, wird wohl selbst Herr Simons nicht zu behaupten wagen. Das Landesheft der bayrischen Wehren ist in der Note als ein Erfolg für das landesübliche Landesheft bezeichnet dargestellt, um es als völlig harmlos zu kennzeichnen. Es war aber eine militärische Demonstration, bei der Herr Escherich Heerschauf über seine Getreuen hielt und bei der mit Militärgewehren auf militärische Scheiben geschossen wurde.

Am schlimmsten aber ist Herr Simons auf den Leim gegangen, als er die Unwahrheiten über die mangelhafte Waffenablieferung der bayrischen Arbeiterkraft in seine Note übernahm. Es wird da von „beträchtlichen Mengen“ Waffen gefaselt, die sich in den Händen „ordnungsfeindlicher“ Elemente befinden sollen. Die Reichsregierung wird mit größtmöglicher Beschleunigung neue Maßnahmen treffen, um die geraubten Waffen ausfindig zu machen.“ Diese

## Mißglückter reaktionärer Vorstoß

### Vollstimmung in München

Seit Monaten entfaltet die Reaktion in München eine überaus heftige Hege gegen die sozialistische Mehrheit der Stadtverwaltung und sie hoffte, mittels des Volksbegehrens, das in der bayrischen Gemeindeordnung vorgesehen ist, Neuwahlen erzwingen zu können. Diese Hoffnungen sind bei der am Sonntag vorgenommenen Volksabstimmung ins Wasser gefallen. In den 328 Abstimmungsbezirken wurden nach der vorläufigen Zählung insgesamt 179 418 Stimmen abgegeben. Damit fehlen an der Stimmenzahl, die für einen Erfolg des Volksbegehrens notwendig gewesen wäre, rund 14 000 Stimmen. Die Aktion der bürgerlichen Parteien ist also gescheitert. Der Abstimmungstag ist ruhig verlaufen. Die Wahllokale waren von Posten der Schutzmannschaft und der staatlichen Polizeiwehren geschützt.

Trotz dieses Scheiters der bürgerlichen Parteien aber ist nicht zu verkennen, daß das reaktionäre Bürgertum einen wesentlichen Zuwachs an Stimmen erhalten hat, und daß bei einer evtl. Neuwahl die im Vorjahre errungene knappe sozialistische Mehrheit sehr gefährdet wäre.

## Französischer Parteitag

Tours, 12. Dezember.

Der sozialistische Parteitag in Tours ist heute eröffnet worden. Der Hauptgegenstand der Tagesordnung des Parteitages wird die Beratung über den Anschluß an die dritte Internationale bilden. Auch in Frankreich ist dank der Moskauer Taktik, die Möglichkeit einer Spaltung der Partei nahegerückt. Wir gründen die verammelten Vertreter des sozialistischen Proletariats von Frankreich und sprechen die Hoffnung aus, daß diese Gefahr abgewendet werden möge.

## Lohnbewegung der französischen Bergarbeiter

Paris, 12. Dezember.

Nach einer Meldung der „Liberté“ sind die Gewerkschaftsleiter der Bergarbeiter heute in Lille zu einer Sitzung zusammengetreten, um über die Lohnfrage zu verhandeln. Die

Haltung der Vertreter in der gemischten Kommission, die in Arras weitere Verhandlungen mit den Vertretern der Grubenbesitzer ablehnten, weil diese sich weigerten, die Lohnfrage zu erörtern, wurde gebilligt. Die Vertreter der Bergarbeiter im gemischten Ausschuss wurden bevollmächtigt, die Rechte und Interessen der Bergarbeiter weiter wahrzunehmen.

## Longuet lebt!

Unsere Vermutung, daß es sich bei den Gerüchten über den Tod Longuets um einen Irrtum handelt, hat sich erfreulicherweise bestätigt. Longuet lebt und befindet sich in voller Gesundheit. Das Gerücht ist entstanden durch die Uebersetzung eines falschen Namens. Gefordert ist vor einigen Tagen in Paris der linkssozialistische Abgeordnete Lauche.

## Der Streit um die Konzessionsfrage

Die Erregung über die Konzessionen an das ausländische Kapital dauert in Russland an und es macht sich innerhalb der kommunistischen Partei eine starke Opposition dagegen bemerkbar. Die Sowjetpresse setzt sich für den Standpunkt der Regierung ein und schreibt, daß sich noch viele Kommunisten über die Bedeutung der Konzessionen nicht klar seien. Die „Krasnaja Gazeta“ teilt mit, daß Lenin auf einer Versammlung 65 schriftliche Anfragen von Gegnern der Konzessionen erhalten habe, die den Vorwurf erhoben, wie es möglich sei, die Kapitalisten in das Land hereinzulassen. Die Moskauer „Iswestija“ betonen die Vorteile der Konzessionen und erklären es für unmöglich, auf den Verkehr mit den anderen Ländern zu verzichten. In Anbetracht des Mangels an Gold und Waren in Russland gebe es keinen anderen Weg, Rohstoffe ins Ausland auszuführen und Fertigwaren dafür zu erhalten, als durch das Mittel der Konzessionen. Die Moskauer „Pravda“ beurteilt die Frage der Konzessionen anscheinend zurückhaltender. Sie erklärt die Konzessionen angesichts der dringenden Notwendigkeit zwar für zulässig, es sei aber unerlässlich, sich gegen die negativen Seiten des Verkehrs mit dem Kapital zu schützen. Die Petersburger „Pravda“ beschränkt sich auf einen kurzen Artikel über die Konzessionen, worin daraufgelegt wird, daß es einen anderen Ausweg nicht gebe.

Mühe kann sich die Reichsregierung sparen, weil die bayerische Arbeiterschaft keine Waffen besitzt. Wenn aber dann behauptet wird, daß die in Bayern abgelieferten Waffen zum Teil von der Einwohnerwehr stammen, die den für entbehrlich gehaltenen Teil abgeliefert habe, so ist das eine Darstellung, die in Bayern herzlichste Heiterkeit ausgelöst hat.

Im übrigen hat sich die Landesleitung der bayerischen E. W. bereits mit der Frage einer eventuell drohenden Entwaffnung in wiederholten Sitzungen eingehend befaßt und auch bereits eine sabelhaft glückliche Lösung gefunden. Die Landesleitung verfügt zurzeit über 400000 Gewehre, von denen 179000 offiziell angemeldet sind. Wird die Entwaffnung durchgeführt, dann werden die angemeldeten 179000 Gewehre abgeliefert und die E. W. verfügt dann immer noch über 221000 Gewehre, die nicht beim Entwaffnungskommissar angemeldet sind. Durch dieses Rechenkunststückchen, bei dem man dem alten Adam Riese ein wenig Gewalt angetan hat, hofft man, eine illegale Einwohnerwehr mit 221000 Gewehren im Falle der Entwaffnung zu retten. Bei dieser Gelegenheit will man dann alle republikanischen Elemente aus der Wehr entfernen, weil sie für die illegale Organisation nicht zuverlässig genug sind. Daß die bayerische E. W. über einige Hundert Geschütze, über unzählige Maschinengewehre und Maschinengewehre verfügt, ist ja längst öffentliches Geheimnis. Daß sich die Regierung aber vor den 51000 kommunistischen Stimmen, die bei der letzten Reichstagswahl in Bayern abgegeben wurden, fürchtet, war der Einwohnerwehrrat vorbehalten, der Öffentlichkeit mitzuteilen. Diese kommunistischen Stimmen müssen die Begründung dafür abgeben, daß die bayerischen Wehren notwendig sind. Ein schlimmeres Armutszeugnis hat sich noch keine Regierung ausgestellt, als die bayerische, wenn sie sich auf die paar Tausend abgegebenen Stimmen beruft, um einen so umfangreichen militärischen Apparat zu rechtfertigen, wie ihn die bayerische Einwohnerwehr darstellt.

Der militärische Charakter dieser Einwohnerwehr ist jedem Unterrichteten offenbar. Falls es Herr Simons aber noch nicht wissen sollte, so wollen wir ihm sagen, daß die bayerischen Einwohnerwehren unter dem Vorwand des Schutzes von Ruhe und Ordnung nichts anderes sind, als die konterrevolutionären Kadres, die den nächsten Rechtspolizisten stehen sollen. Dabei mag es richtig sein, daß mancher Münchener Krämer, der dieser Organisation angehört, von diesen Zielen nichts weiß. Aber die Leiter der bayerischen Wehren wissen sehr genau, was sie wollen. Sie möchten Bayern zum Sprungbrett für den großen konterrevolutionären Umsturz machen, eine militärische Basis schaffen, die jede Gefahr des Mißlingens, — wie beim Kapp-Putsch — von vornherein ausschließt.

## Wäre länger Krieg gewesen, . .

Wie aus Washington berichtet wird, verfügten die Amerikaner nach Feststellung des Wilsonschen Kriegsministers Baker am 11. November 1919 über eine Gesamtarmee von 3 000 000 Mann. In Frankreich befanden sich damals mehr amerikanische als englische Truppen, und die Zahl der französischen Soldaten wäre in wenigen Monaten von den Amerikanern überflügelt worden. Für ein Kriegsjahr 1919 hätte man mehr Soldaten aufgebracht als die vereinigten französischen Armeen in Frankreich zusammen zählten. Baker, der wegen verschwenderischer Geschäftsführung angegriffen wird, erklärt, daß man mit einem Heer von 5 Millionen Mann gerechnet und dementsprechend disponiert hätte. Die Kriegsausgaben der Vereinigten Staaten beliefen sich auf 13 Milliarden Dollar.

Die Angaben Bakers sind durchaus glaubhaft. Was hätte bei einem so riesigen Aufmarsch des amerikanischen Heeres ein fünftes Kriegsjahr für Deutschland bedeutet? Eine völlige Zermürbung

des deutschen Heeres bis auf den letzten Mann! Das wußte Ludendorff, wußte auch Hindenburg. Beide bettelten um Waffenstillstand, um der Vernichtung zu entgehen. Hinterher schoben sie die Schuld am Zusammenbruch auf die Revolution, die nicht der Anfang, sondern der Schlüsselstein der Niederlage war, und sie finden für diesen fähigen Schwindel unter dem unpopulären Teil des deutschen Volkes leider noch allerlei Gläubige.

## Preußentag des Zentrums

Am Sonntag begann in Berlin der Parteitag der preußischen Zentrumspartei. Stegerwald hielt eine ähnliche Rede wie auf dem Kongreß der christlichen Gewerkschaften in Essen. Keine Partei sei das, was er deutsch, christlich, demokratisch und sozial nenne. In wirtschaftlichen und sozialen Fragen wolle er der materialistischen Anschauung entgegengetreten. Wenn jede Partei eigenständig an ihrer Tradition festhalte, werde in kurzer Zeit die nach Ansicht Stegerwalds notwendige Neugestaltung des Parteilebens von außen her ohne Einvernehmen mit den Parteien herbeigeführt werden. Stegerwald vertiefte auf das heftigste gegen die Tradition der Zentrumspartei, indem er wie in Essen forderte, daß Katholiken und Protestanten in Mitteleuropa Hand in Hand arbeiten müßten. Gerade die Zentrumswähler müßten den konfessionellen Gegensatz im Volkleben zurückdrängen. Giesberts erklärte, daß er sich auf den Boden der Essener Beschlüsse stelle.

Das Auftreten Giesberts kennzeichnet sich immer mehr als ein Versuch der Arbeitervertreter in der Zentrumspartei, stärkeren Einfluß gegenüber den anwachsenden reaktionären Strömungen im Zentrum zu gewinnen. Die Drohung mit der Gründung einer neuen Partei aber, die in Essen noch ausgesprochen wurde, erklang in Berlin nicht mehr. Völlig einig sind die Zentrumsleute nur auf dem Boden der kulturellen Revolution, denn auch Giesberts erklärte, daß er in nationalen und kulturellen Fragen bestimmt rechts stehe. Das aber eint über alle Gegensätze hinweg, und der Sturm im Glase Wasser wird bald ausgetobt haben.

## Korruption

Wie die Eisenbahndirektion Berlin das Defizit verringert

Und wird geschrieben: Bei den derzeitigen staatsförmigen Verhandlungen über die Steuerzulagen der Eisenbahner und über eine Regelung der Beamtengehälter im Sinne der Forderung der Beamten werden von Seiten der Regierung im stillschweigenden Einverständnis mit der Eisenbahndirektion fortwährend die Milliarden-Defizite als Grund angegeben, um die Forderungen abzuweisen. Der hiesige Betriebsrat der Eisenbahndirektion hat nach eingehenden Untersuchungen einen Fall festgestellt, der zweifellos für die breiteste Öffentlichkeit von außerordentlichem Interesse sein dürfte, da hier klipp und klar nachgewiesen werden kann, daß gerade diejenigen, die am meisten sich gegen die Forderungen der gesamten Eisenbahner, Beamten wie Arbeiter, kämpfen, dazu beitragen, das Defizit zu erhöhen.

Der Herr Bahnmüller Müller von der Bahnmüllerei 74, Zehlendorfer-Mitte, hat als Vorsitzender eines Gartenbau-Vereins Material und Arbeitskräfte der Eisenbahndirektion kostenlos im Interesse des Gartenbau-Vereins verwendet. Der Herr Direktions-Präsident Wulff bestatigt das Verhalten des Bahnmüllers Müller.

Wie lang an, ob es im Interesse der Wirtschaftlichkeit des Betriebes liegt, wenn ausschließlich für den Gartenbauverein 10 bis 15 Arbeiter in der Zeit vom April 1919 bis August 1920 dazu verwendet werden, nicht bahneigenes und von der Verwaltung gepachtetes Gelände zu bearbeiten und ihren Lohn aus der Staatskasse erhalten? Es handelt sich nach oberflächlicher Schätzung um eine Summe von rund 120 000 Mk. Weiterhin ist festzustellen, daß bei dem Mangel an Material 200 neue Eisenbahnwagen zum Bauen einer Regelbahn und sonstiger der Bequemlichkeit dienender Einrichtungen geschnitten wurden. Die für derartige Materialien gezahlten Preise dürften erschwerend ins Gewicht fallen. Sogar kommen noch weitere aus Eisenbahnbeständen stammende Materialien, wie Schienen, Zement, Kauersteine.

Der Betriebsrat sah sich nach Kenntnisnahme dieser Vorgänge veranlaßt, einmal nach dem Rechten zu sehen, und legte dazu auch eine amtliche Untersuchung durch, die ungefähr 14 Tage in Anspruch nahm. Dabei wurden aber noch weitere Dinge festgestellt, die kennzeichnend für die Zustände auf der Eisenbahn sind, so, daß die für die Arbeiten zu zahlenden Gelder von Müller auf sein Konto bei einer Bank eingezahlt wurden. Nebenbei hat er auch für seine persönlichen Bedürfnisse bahneigenes Material verwendet und die Arbeitskräfte der Eisenbahn benützt. Im großen und ganzen mühte Müller bei den Verhandlungen zugeben, daß er sich Verfehlungen zuschulden kommen ließ. Herr Präsident Wulff aber ist scheinbar einer anderen Auffassung. Er stellt sich auf den Standpunkt, daß eine Verschwendung des Materials nicht stattgefunden habe, und sieht in der ganzen Angelegenheit eine Neben-sächlichkeitsfrage, um so mehr, als er nun nachträglich die für den Gartenbau-Verein aufgewendete Summe von denen einzulösen will, die davon den Nutzen hatten. Wir finden diese Auffassung recht weitgehend, so uns bekannt ist, daß die geringsten Verfehlungen untergeordnet Organe oder aber gar von Arbeitern selbst aufgedeckt werden und dazu dienen, „unliebsame“ Elemente von der Eisenbahn zu entfernen. Als unliebsam sieht man meistens diejenigen an, die Angelegenheiten wie die gekennzeichnete an das Tageslicht ziehen. Und aus diesem Grunde ist es schon notwendig, solchen Fällen auf den Grund zu gehen. Vielleicht ist das Reichsverkehrsministerium und seine Zweigstelle Preußen bereit, sich diesen Fall etwas näher anzusehen, und einmal nachzuforschen, wie weit solche Dinge auf der Eisenbahn eingedrungen sind. Nach unserer Kenntnis ist dies nur ein Fall von vielen.

Herr Präsident Wulff sowohl als seine übergeordneten Behörden haben nun das Wort. Wir bitten um Antwort und werden das uns zur Verfügung stehende Material, falls notwendig, in der breitesten Öffentlichkeit behandeln.

## Kommunistische Aktionen

Streikbewegungen in Böhmen

Die Kommunisten schreiten in der Tschchoslowakei, nachdem sie die Partei gespalten haben, zu Aktionen, die, wie sich schnell herausstellt, nur eine grenzenlose Enttäuschung in den Arbeitermassen zur Folge haben können. Der Streik, den sie in Prag inszeniert haben, um gegen die Wiedergewinnung des Parteiorgans durch die Sozialdemokraten zu demonstrieren, ist schnell und kläglich zusammengebrochen. Wie sehr bedrückt wird, ist auch in Komotau ein Generalstreik angekündigt worden. In den Parteivorstand in Teplitz ist die Aufforderung gerichtet worden, für den allgemeinen Ausstand Propaganda zu machen. Ferner haben Kommunisten in Krasowitz eine Zuckerfabrik beschlagnahmt, und im Reichenberger Bezirk wurde der Generalstreik und die sofortige Errichtung von Betriebsräten gefordert.

So lobt sich das kommunistische Spiel in buntem Durcheinander aus. Hier und dort Teilbewegungen — entweder ohne feststehenden Zweck oder aber hier für die eine, dort für die andere Partei. Ueberinstimmung herrscht nur insofern, als die einzelnen Partein überall gleich hilflos sind. Der ganzen Bewegung ist schon jetzt anzumerken, daß sie schnell im Sande verlaufen wird. Aber sie ist insofern bemerkenswert, weil sie im Kleinen ein Bild der kommunistischen Politik und ihrer Folgen bietet.

Prag, 12. Dezember.

Der Volkskongress der tschchoslowakischen Sozialdemokratie hat gestern beschlossen, alle Anhänger der Sozialdemokratie aufzufordern, jegliche Beteiligung an der Aktion der Kommunisten zur Hervorrufung eines Generalstreiks abzulehnen.

Der Generalstreikparade der Kommunisten wurde bisher nur in wenigen Betrieben der böhmischen Industriezentren Folge gegeben.

Interalliierte Polizei in Oberschlesien. Die bisherige staatliche Polizei von Katowitz und Hindenburg ist von der Interalliierten Kommission in eine sogenannte Spezialpolizei umgewandelt worden, die unter der Oberleitung des französischen Generalstabs steht, dem bisher schon die Abstimmungspolizei unterstellt war.

## Kunstabender

Nach dem vorzüglichen, aber ziemlich lösspielligen „Grünwald“ von Oskar Hagen aus dem Verlage Piper in München erweist uns jetzt das Grünwald-Buch von August T. Mayer, das nicht so sehr eine wissenschaftliche Untersuchung, als eine klare und zusammenfassende Darstellung ist. Das Buch ist gut zu lesen, wird niemals banal, erweist durch sein feines Empfinden und ist geschmückt durch eine große Zahl von ausgezeichneten Reproduktionen, darunter vielen Details der großen Tafeln. Es erschien im Delphin-Verlag zu München und verdient wärmste Empfehlung als die bisher beste, allgemeinverständliche Darstellung dieses härtesten deutschen Malers.

Derselbe Verlag brachte eine Theodor Dostmann-Monographie von Lothar Briege heraus, in der aber Dostmann aus übersehen wird. Als erster Illustrator Glasbrenners hat Dostmann wohl seine historische Bedeutung, aber schließlich hat seine Kunstwerke dem Worte Glasbrenners nicht entfernt kommen können und von seinen Zeichnungen zu E. Th. A. Hoffmanns Märchen all das Gleiche. Unverständlich ist das herbe Urteil Briege über Dörbe, der vor Dostmann Berlin zeichnete. Dieser famose, viel zu wenig bekannte Zeichner verdient eher eine Ehrenrettung als der gutmütige, jähme Dostmann.

Ein aufwühlender Zeichner des Gemüts ist Franz Rajecki, der Belgier, dessen „Politische Zeichnungen“ jetzt Kasimir Edschmid im Verlage Erich Reich, Berlin, herausgibt (Band 10 der „Tribüne der Kunst und Zeit“). Die Zeichnungen Rajeckis erschienen während der Dauer des Krieges und der Verhandlungen in der Genfer „Genève“ und gehören zu den wenigen Dokumenten, die in der „großen Zeit“ Europas Ehren wählten. Es ist etwas Wahres an dem, was Edschmid — in schlechtem Deutsch — sagt: „Endlich ist über Daumier die Graphik wieder eingetreten in den Kreis des wissenden Mittelalters, das gesinnungslos den Ideen lebte und sie ausdrückte mit Mund, Aktion und Kunst und wo die Zeit der schönen Künste auch die der ergreifenden Suchenden und tiefen Erkenntnis war, für die zu fixieren ein innerer Kreuzung und ein legendärer Krieg war.“ Es ist ein Verdienst, diese Blätter gesammelt und billig zugänglich gemacht zu haben. Rajeckis Zeichnungen überzeugen. — Nicht Doh und Wat haben sie geschaffen — sondern Liebe, Schmerz und Mitleiden.

Paul Cohen-Portheims „Was als Erzieher“ rechnet sich zu den wichtigsten Reuerziehungen (Verlag Klinckschardt und Biermann, Leipzig). Verborgener hinter den Streitfragen des Tages liegt das eigentliche Problem unserer Zeit: die Auseinandersetzung asiatischen und europäischen Lebens und die Suche der beiden. . . Das vorliegende Buch ist ein Beitrag zur Klärung von Streitfragen und Problemen verschiedenster Art. Es sucht Gegensätze zu beseitigen. Seine Einheit besteht nicht so sehr in der Zusammenfassung dieser Probleme, als in dem den verschieden gearteten Fragen gegenüber bewahren einheitlichen Standpunkte, von dem aus, wie ich glaube, nicht nur diese, sondern alle Gegensätze aufzuklären wären.“ In ausgezeichnet klaren Sätzen behandelt Cohen Gegensätze im Leben der Völker, im Leben der Kunst, im Leben des Geistes. — Ich wolle nachdrücklich auf das reiche und feine Buch hin.

Aus dem gleichen Verlage Klinckschardt und Biermann kommen die Bändchen der „Jungen Kunst“. Sie bringen stets

eine Anzahl von Reproduktionen, meistens dabei eine farbige Wiedergabe, eine autobiographische Skizze des Künstlers und eine kunsthistorische Darstellung seiner Arbeiten. Unter einigen theoretischen Bändchen über Expressionismus erschienen bisher u. a. Derain, Morgner, Klee, Blamind, Paula Modersohn, Schmidt-Rottluff und auch einige weniger wichtige Maler und Schriftsteller. Man kann es wirklich verzeihen, wenn unter dem Eindruck des „auf Bürgeranerkenntnis landwiderend“ typisch deutschen Expressionismus Wilhelm Hausenstein in seiner Broschüre „Die Kunst in diesem Augenblick“ (Hyperion-Verlag in München) verbittert und enttäuscht die Katastrophe des Expressionismus konstatiert. Aber sehr schärft man Hausenstein widersprechen, wenn er das Fazit zieht: „Zurück zum Naturalismus“. Kein, das Ziel liegt immer noch vor uns! Die strengste, fähigste Abstraktion, noch über den schulmäßigen Kubismus hinaus, ist notwendige Aufgabe. Wenn sie bezwungen ist — und die Franzosen gehen prächtig voran — dann kann die Natur uns wieder leuchten. Adolf Behne.

In den Roland-Bilderbänden erschienen „Mit Flandern“ mit Abbildungen der alten herrlichen Bauendenkmäler und Städte Belgiens, die so lurchbar verwüstet wurden. Ferner gab der Roland-Verlag (München-Pasing) einen Bilderband „Mit Konstantinopel“ mit 150 Photos in Tiefdruck heraus mit den alten Moscheen, Gräbern, Brunnen, Hausbauten im Rahmen der Bosphoruslandschaft. Im gleichen Verlag ist „Die neue Reihe“ mit literarischen Veröffentlichungen von Paul Jech, Kurt Henning, Alfred Lemm u. a. bemerkenswert, ferner „Vormärz“, eine literarische Anthologie aus der Zeit von 1830—1848, herausgegeben von Dr. Martin Sommerfeld. Aus der „kleinen Roland-Bilderei“ kein Dostojewskis „Reisebilder“ (in deutscher Uebersetzung von Glasberg), „Türkische Erzähler“ und de Coekers „Weiberlaune“ hervorgehoben.

Im Verlag Erich Reich ist eine Monographienammlung „Der Schauspieler“ erschienen. Die ersten Bändchen bringen in hübscher Ausstattung und mit Photographien Kayler, Wolff, Balthermann, Höflich, Wegener, Massard und geben über die sonst übliche Art der Beschreibung „unserer Liebhaber“ literarisch und künstlerisch weit hinaus, was man in manchen Einzelheiten auch abweichender Meinung sein.

Gesammelte Aufsätze von Alttag, Zukunft und Menschheit hat Arius Holtzner unter dem Titel „Ideale an Wochen-tagen“ im Verlag Erich Reich erscheinen lassen. Es sind Manifeste sozialistischen Geistes und revolutionären Willens im ideologischen Banntreue.

Im Verlag „Kunst und Erziehung“ (Verst.-Plattenau) erschienen in der Reihe „gegen die heutige „Klosterzeit“ für eine Kultur der Massen und der Zukunft kämpfenden Art Sinclair ein Roman „Der Hafen“ von Ernest Bole, den Germania Jarmilich aus dem Englischen ins Deutsche übertragen hat. — Im gleichen Verlag gab Ernst Drahn und Susanne Leonhard die „Unterirdische Literatur im revolutionären Deutschland während des Weltkrieges“ heraus.

Die „Freiung der Menschheit“, Freiheitsoeden in Vergangenheit und Gegenwart, erscheint als reichhaltigstes Sammelwerk des Deutschen Verlagshauses Bong u. Co., Berlin. Von den geplanten 10 Hefen sind bereits von je 150 Mk. sind bisher von den verschiedensten, meist linksgerichteten Mitarbeitern,

erschienen über soziale und politische Themata, zuletzt mit zahlreichen Bildbeigaben ein Aufsatz über das Freizeitspiel.

Im Verlag Erich Komohl erschienen jetzt in zwei Bänden die gesammelten Werke (Epik und Erzählendes) von Peter Baum, der ein geliebter Genosse und diehtender Gefährte Peter Gilles war und am Kriege starb. — Ferner erschienen jüngst die „Bemerkte Bergangnisse“ von Carl Ludwig Schleich, „Bemerkte Bergangnisse“, in der sich der Arzt, Künstler und große Gelehrte mit Ernst und Humor vielfältig spiegelt. „Bemerkte mit Witzen, Ethik, Strindberg, Dehmel und anderen“ besprechen das Buch, so bunt und selbstgefällig wie es ist.

Gorki und Tolstoi. Maxim Gorki, von dessen politischer Tätigkeit unter den Bolschewisten die kürzlich in der „Auslandspost“ in deutscher Sprache veröffentlichte Novelle „Auswärts“ Zeugnis hat Erinnerungen an Tolstoi geschrieben, die demnachst im Verlag Der Neue Merkur, München, in Uebersetzung erscheinen. Sie sind geschichtliches Dokument und persönliches Bekenntnis zugleich; ausführlich sind Gespräche, wie das über Gorkis „Kaukasus“, zu dem Tolstoi bemerkte: „Man merkt immer, daß Sie mich ein Hahn auf alles springen — Sie wollen immer alle Risse und Sprünge mit Ihrer eigenen Farbe übermalen — Sie sollten lieber nicht das Pflaster auflegen, denn sie selbst werden darunter leiden.“

In der „Tribüne“ wurde ein französisches Stück „Die Tournee“ von Lenormand aufgeführt. Es behandelt in 14 kurzen Bildern das Leben der Wanderkomödianten. In dem traurigen Schicksal des Schriftstellers, der Hunger und sich vertrinkt, in dem Elend der Schauspieler, die lebt und in der Welt verkauft, klingt das alte und doch immer wieder ergreifende Lied und die „Tournee“ der Schmiere wird zum Sinnbild der Künstlerreise durch das Jammertal. Der französische Autor trennt die Wunden und die Leiden seiner Leute vom Frach, er gibt ihnen nicht mit sozialer Tendenz zu Leibe, bleibt rein literarisch, gibt Auschnitte, beschreibt und gliedert wichtig, klar und ohne Rührung. In der Form französisch, in der Uebersetzung deutsch akzentuiert, im wesentlichen aber international, wie es das Kunstgenussvernum von jeder war. Regie (Eugen Kober) und Darstellung waren durchweg vortrefflich, in erster Reihe Tilla Durieux, die die Gestalt der Geliebten über den Horizont hinaus mit intensivem Leben erfüllte von der ersten Abgänger den Hingabe bis zum explosiven Krampf. Eine überragend einprägsame Leistung, neben der aber auch Anton Edithofer und die anderen (Gottow, Gronau, Netto als besondere Eindrücke) nach Kräften bestanden.

Hilffisch, der Himmelsjäger heißt das Weihnachtsstück für Kinder wie aus dem Bilderbuch geklitten, und „Der Juno und der“ hat die nicht immer kindlichen Verse, Hans C. H. die hübsche Musik dazu gemacht. Bei den lustigsten Stellen herab der hübsche Fabel der Kleinen und mit den ulkigen Figuren der Herren Sternberg, Walter, Epiza und Herrmann ging die jugendliche Traje Hart mit kurzen Hemd und viel Talent durch den Märchenraum. — Nächste Wiederholungen Mittwoch und Sonnabend nachmittags 2 Uhr zu kleinen Preisen.

Im Deutschen Theater wird als nächste Klassikeraufführung Schillers „Jungfrau von Orleans“ vorbereitet.

# Riefenkundgebung der Beamten

## Forderung an Regierung und Parlament

Am gestrigen Sonntag fand im Lustgarten eine große Demonstration der Beamten statt, die vom Provinzialkartell Berlin des Deutschen Beamtenbundes veranstaltet war. Gegen 10 Uhr vormittags legten sich von sechs Punkten der Stadt die Züge in Bewegung, um zum Lustgarten zu marschieren. In den Zügen wurden viele Schilder und Tafeln mit Aufschriften wie: "Nieder mit dem Lebensmittelwucher" — "Wir fordern die Ersetzung sämtlicher Einkommen zur Steuer" u. a. getragen. Die Reutlinger Post- und Telegraphenbeamten trugen vier Postbeamten in Uniform einen Sarg vor dem Zuge hergetragen, auf dem zu lesen war: "Hier ruht die deutsche Beamtenchaft ihre letzte Hoffnung zu Grabe." Hinter dem Sarg wurde ein Schild mit der Aufschrift: "Nieder mit der Regierung" getragen.

Es mögen etwa 60 000 Demonstranten gewesen sein, die sich gegen 12 Uhr im Lustgarten sammelten. Von verschiedenen Stellen sprachen bekannte Beamtenführer, deren Ausführungen von der Masse besonders da mit lebhafter Zustimmung aufgenommen wurden, wo schärfste Kritik an den Maßnahmen der Regierung geübt wurde.

Zum Schluß der Demonstration, die ohne jede Störung verlief, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die zu Zehntausenden im Lustgarten am 12. Dezember in Berlin versammelten Beamten aller Reichs-, Staats- und Gemeindeverwaltungen erheben schärfsten Protest gegen die Ablehnung der vom Deutschen Beamtenbund geforderten allgemeinen Steuererhöhungen und gegen die Forderung des Januar-Gehalts jetzt am 15. Dezember. Diese Vorhaben treiben zur weiteren Verschuldung der Beamtenchaft und beschleunigen ihren Niedergang.

Die bewilligten erhöhten Kinderzulagen treffen nur einen kleinen Teil der Beamtenchaft und sind keineswegs geeignet, den herrschenden Not zu wehren.

Die Versammelten fordern von der Regierung endlich Taten zur Beseitigung des Wucher mit Lebensmitteln, zur Förderung der Selbstversorgung heimischer, gerechte Erlassung sämtlicher Einkommen zur Steuer und ihre sofortige Einziehung sowie zeitgemäße Anpassung der Einkommen an die wirtschaftlichen Verhältnisse unter Einhaltung des Existenzminimums. Sie beauftragen den Deutschen Beamtenbund, sofort mit den maßgebenden Stellen in Verhandlungen zu treten.

### Proteste im Reich

Lu. Hannover, 12. Dezember.

Das Ortskartell Hannover des Deutschen Beamtenbundes hatte am Sonnabend eine öffentliche Protestversammlung der Beamtenchaft einberufen. Der Vorsitzende der Reichsbeamtenchaft deutscher Eisenbahnbeamter referierte über die Not der Beamtenchaft und die Haltung der Regierung und geistete das Verhalten der letzteren gegenüber den Beamten. Er teilte mit, daß in der Reichsgewerkschaft der deutschen Eisenbahnbeamten in aller nächster Zeit eine Urabstimmung über die Haltung der Eisenbahner erfolgen werde. In einer Entschließung wurde einstimmig angenommen, daß die versammelten Beamten Verwahrung einlegen gegen die von der Regierung und dem Reichstag beschlossenen Maßnahmen zur Beseitigung der Not der Beamtenchaft herrschenden Notlage. Die Versammlung richtet an Regierung und Reichstag die dringende Warnung, sich über die Not der Beamtenchaft nicht länger zu verziehen. Bei weiterer ablehnender Haltung dieser Instanzen werden alle Folgen der Not zu verantworten haben, die zur Beseitigung der Not keine Zustimmung verweigern. Abends sprachen der Vorsitzende des Verbandes deutscher Post- und Telegraphenbeamten Lindemann und Oberbürgermeister Leinert. Die Forderungen der Beamten erkennt letzterer an. Er werde sein Möglichstes tun, um durchzusetzen, das Hannover in die Ortsklasse A käme. Er sei überzeugt, daß über kurz oder lang die Beamtenbesoldungsreform wieder auf die Tagesordnung kommen müsse.

Wir finden, daß die Frage gar nicht erst von der Tagesordnung abgesehen werden darf, wofür allerdings nicht Herr Leinert, sondern die Beamten selbst zu sorgen haben werden.

### Der historische Speisewagen

Als jüngst Adolf Hoffmann in der Landesversammlung den Vorschlag machte, man möge die Papterhälle, mit denen bei der Hohenzollern-Abfindungsdebatte in einer Umwandlung von farnovallischer Laune geworfen worden war, dem Hohenzollernmuseum überweisen, da lachte man. Ganz unecht, denn was man in der Landesversammlung für einen Vorschlag hielt, wird in Frankreich in anderer Gestalt fürchterlicher Ernst. Aus Paris wird gemeldet:

Der historische Speisewagen, in dem am 11. November 1918 um 5 Uhr morgens das Waffenstillstandsabkommen zwischen Marschall Foch und Erzberger unterzeichnet wurde, wird auf Grund einer Entscheidung des unterzeichneten Rikeseand als ein der denkwürdigsten Erinnerungsstücke der französischen Geschichte dem Armeemuseum überlassen. Ursprünglich bestand der Plan, den "Waffenstillstandswagen" zu einem künftigen Bestandteil des Sonderzuges des Präsidenten der Republik zu machen. Von diesem Gedanken ist man nunmehr abgekommen, weil nach Ansicht des Präsidenten der historische Wagen der ganzen Nation gehöre. Er hat im Innern eine künstlerische Ausschmückung erhalten und ist mit folgender Aufschrift versehen worden: "In diesem Wagen ist am 11. November 1918 um 5 Uhr bei Franc-Compté, nahe der Compagnie das den Deutschen durch die Siege der alliierten Heere ausgezwungene Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet worden." Es folgen dann in der Aufschrift die Namen sämtlicher allierter und deutscher Bevollmächtigter.

Die französische Nation kann stolz sein auf diesen Speisewagen und auf diesen Präsidenten, der in so vorbildlich selbstloser Weise im Namen der Nation auf den unerschütterlichsten Besitz dieser nationalen Reliquie verzichtet. Wir hoffen, daß man nicht veranlaßt hat, als einen Teil der künstlerischen Ausschmückung ein Bildnis Erzbergers anzubringen. Er war doch auch dabei und sein freundliches Gesicht würde ja gut bei der ganzen Komödie passen. Auch ein Porträt des historischen Fochs wäre passend, aus dessen Lenden die letzten Braten geschnitten wurden, bei dessen Hüften die große Handlung konstatieren gegangenen ist. Brauchen die Franzosen dazu vielleicht einen Reichskunstwart? Wir können ihnen einen pumpen.

### Ein salomonisches Urteil

In der einstweiligen Verfügungsphase, die die Testamentsvollstreckung des Genossen Haale im Auftrag des Parteivorstandes gegen Dümmig und Genossen angestrengt hatten, hat die 40. Zivilkammer des Landgerichts I Berlin ein salomonisches Urteil gefällt. Sie hat erklärt, daß unstrittig der Parteivorstand der Neukommunisten nicht zu Recht besteht. Die Wahl des Parteivorstandes müsse nach dem Parteistatut durch Stimmentzettel erfolgen. Das sei unstrittig nicht geschehen. "Dümmig, Koenen, Hoffmann, Scher und Eichhorn wären daher", wie das Gericht wörtlich äußert, "nicht Mitglieder eines rechtmäßig gewählten neuen Parteivorstandes der U.S.P.". Das Gericht hat ferner mit nicht sehr überzeugenden Gründen auch die Gültigkeit der Wahl unseres Parteivorstandes verneint, da die Versammlung im Zoo in Halle,

in welchem die Wahl erfolgt ist, nicht die Fortsetzung des Parteitagess darstellen könne. Es ist zu dem Schluß gekommen, daß die U.S.P. noch immer den alten Parteivorstand vor der Spaltung habe. Das Gericht hat ferner die Auffassung vertreten, daß durch den Anschluß an die kommunistische Partei die Neukommunisten nicht ohne weiteres aufgehört hätten, Mitglieder der U.S.P. zu sein. Durch den Anschluß an eine andere Partei werde nicht selbständig das Ausscheiden aus der U.S.P. vollzogen.

Darnach hätten Dümmig, Koenen usw. nach Auffassung des Gerichts aus der U.S.P. ausgeschlossen werden müssen, ein derartiger Ausschluß sei aber nicht erfolgt. Die Bilanz ist also die: Es existiert noch immer, wenigstens nach Auffassung der 40. Zivilkammer, der alte Parteivorstand. Jede Klage, die die Neukommunisten anstrengen, muß abgewiesen werden, weil der neukommunistische Parteivorstand nicht legitimiert ist, irgendwelche Rechte für die U.S.P. geltend zu machen. Kläger kann nur der alte Parteivorstand sein. Die hiesige Perspektive ist also die: Wenn Dümmig und Koenen die U.S.P. verlassen wollen, müssen sie sich an Crispian und Pittmann als Mitglieder des alten Parteivorstandes wenden und sie bitten, die Klage doch gegen sich selbst einzureichen.

### Gefährdete Fürsorge für Kriegsbeschädigte

Einige unabhängige Abgeordnete haben im Reichstage folgende Anfrage eingebracht:

Im Jahre 1918 wurde vom Sanitätsdepartement des Kriegsministeriums eine Staatswerkstätte zur Herstellung künstlicher Glieder in der Gakowstr. 20, Moabit, eingerichtet. Die Werkstätte stand unter der Leitung eines Hauptmannes und eines Lazarettinspektors. Im November 1918 nach der Revolution wurde die Werkstätte entmilitarisiert und unter kaufmännische Leitung gestellt. Die Werkstätte nahm in kurzer Zeit einen rapiden Aufschwung und dürfte heute wohl die

### Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre der U.S.P.

Am Dienstag, den 14. d. z., abends 6 1/2 Uhr, berichteten die Genossen

Toni Sender und Robert Dilmann

im großen Saal der

"Neuen Welt", Hafenside,

über den

### Londoner Kongress der Amsterdamer gewerkschaftlichen Internationale

Mitgliedsblätter sowie Funktionärsausweise der Partei und Gewerkschaften legitimieren.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg U.S.P.D.

größte Werkstätte dieser Art im Reich sein. Nun will das Reichsarbeitsministerium dazu übergehen, Beschaffungsstellen mit größeren oder kleineren Werkstätten im ganzen Reich einzurichten. Es sind ferner Bestrebungen im Gange, von Seiten der Privatindustrie und der Handwerkerorganisationen, die Staatswerkstätte einzuschränken, bezw. ganz zu beseitigen.

Die Fabrikationsräume in Moabit sind durch die Ausdehnung des Betriebes zu klein geworden. Einem Wunsch der Fabrikleitung, die Räume nach einer Kaserne in der Scharnhorststraße zu verlegen, wurde nicht entsprochen. Die Kaserne wurde der Sicherheitspolizei überwiesen. Nun beabsichtigt das Reichsarbeitsministerium, die Werkstätte nach dem Garnisonlazarett 2 in Tempelhof zu verlegen. Dies würde für die Kriegsbeschädigten (Prothesenträger) von unerträglich Wirkung sein, da sich sämtliche Kriegsbeschädigte von Groß-Berlin und Umgebung bei Inanspruchnahme der Einrichtung nach dem im äußersten Süd-Osten gelegenen Tempelhof begeben müßten. Die Organisationsvertreter der Kriegsbeschädigten haben den durchaus berechtigten Wunsch geäußert, daß die Beschaffungsstelle und die Werkstätte in der Alexanderstraße am Alexanderplatz untergebracht wird, weil diese Stelle von allen Seiten leicht erreichbar ist.

Ist die Regierung bereit: 1. Die vorgenannte Staatswerkstätte von Moabit nach Tempelhof, sondern in das Zentrum der Stadt Berlin zu verlegen; 2. die Staatswerkstätten für orthopädische Apparate im Reich zu erhalten, weiter auszubauen und gegen die Gefährdung durch das Privatkapital zu schützen?

### Ein Ausnahmefesetz gegen ausländische Arbeiter

Unter dieser Überschrift haben wir in der Nr. 506 vom 30. November einen Leitartikel von Herrn Alfred Berger veröffentlicht, in dem gesagt wird, das Reichsarbeitsministerium habe den Entwurf der Verordnung über die Beschäftigung ausländischer Arbeiter, den das Reichsamt für Arbeitsvermittlung ausgearbeitet hat, über den Arbeitgeberverbänden, nicht aber den Gewerkschaften überhandt. Dazu schreibt uns das Reichsarbeitsministerium:

Das Reichsarbeitsministerium hat den erwähnten Entwurf des Reichs- und Landeszentralbehörden und der Zentralarbeitsgemeinschaft der Industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sowie der Reichsarbeitsgemeinschaft land- und forstwirtschaftlicher Arbeitgeber und Arbeitnehmervereinigungen zur Stellungnahme überhandt. Von einer einseitigen Anhörung der Arbeitgeberverbände kann hiernach keine Rede sein. In welcher Art die geplante Regelung der Beschäftigung ausländischer Arbeiter erfolgen wird, wird erst entschieden werden, wenn sich die beteiligten Stellen zu dem Entwurf geäußert haben.

Worin wir dem Reichsarbeitsministerium erwidern möchten, daß für uns eben die Stellungnahme der Zentralarbeitsgemeinschaft keine Stellungnahme der Arbeitgeberorganisationen ist. Ganz abgesehen davon, daß zahlreiche Gewerkschaften bereits aus den Arbeitsgemeinschaften ausgeschieden sind, auch wenn sie sämtlich Mitglieder dieser Körperschaft wären, so bliebe die Zentralarbeitsgemeinschaft dennoch ein Instrument des organisierten Unternehmertums.

### Milch und Eier für Rälber

Von sachmännlicher Seite wird uns geschrieben: Für Kinder und Kranke fehlt es an Milch und Eiern. Nur Leute mit einem entsprechenden Geldbeutel können sich diese Dinge leisten. Trotz dieses Zustandes werden Rälber wochenlang reichlich mit diesen beiden Nahrungsmitteln gefüttert. Auf den Viehmärkten werden die sogenannten Doppelländer angezogen und zu Liebhaberpreisen verkauft. Viele Tiere werden viele Wochen mit guter Milch und Eiern gemästet. Der Tagesbedarf eines solchen Tieres wird mit 12 bis 14 Liter Milch und 12 bis 16 Eier nicht zu hoch be-

rechnet. Die Mast dauert vier bis fünf Monate. Ist es nicht ein Skandal in der heutigen Zeit, daß um einigen Liebhabern ein Lederbissen zu verschaffen, solche Zustände gebildet, ja, sogar von den Behörden gestiftet werden? Die Kinder und Kranken läßt man zu Grunde gehen und Rälber werden gemästet, um den Schmatzern der Gesellschaft einen guten Bissen zu verschaffen.

### Groß-Berlin

#### Preßkommission

Mittwoch abend, 6 1/2 Uhr, vollständiges und pünktliches Erscheinen dringend erforderlich.

#### Die Hoteliers wollen streiken

Die Besitzer der vornehmsten Hotels sind während, daß die Staatsanwaltschaft des Bundesgerichts einigen Schlemmerkolonen etwas auf die Finger gesehen hat. Bei ihren guten Beziehungen zur bürgerlichen Presse und auch zu sonst einflussreichen Personen erhalten sie Hilfe und auch Mut. Im Hotel Kaiserhof fand gestern eine Sitzung des Vereins Berliner Hotelbesitzer statt, an der Direktoren fast aller großen Berliner Hotels teilnahmen und in der beschlossen wurde, spätestens vom 15. Dezember ab ihre Restaurationsbetriebe solange geschlossen zu halten, bis es ihnen wieder ermöglicht wird, ohne Verstoß gegen gesetzliche oder behördliche Maßnahmen ihre Betriebe ordnungsgemäß zu führen, weil sich die Unmöglichkeit strikter Innehaltung der Anordnungen gezeigt habe.

An den preussischen Justizminister und den preussischen Minister des Innern wurden Telegramme geschickt, in dem die Vertreter der größeren Berliner Hotels und Restaurationsbetriebe die Behörden um Beistand und Schutz gegenüber den Maßnahmen der Staatsanwaltschaft bitten.

Infolge Annahme der Resolutionen werden also bis spätestens 15. Dezember von der Schließung der Restaurants betroffen:

Hotel Esplanade, Hotel Excelsior, Hotel Bristol, Zentralhotel, Hotel Bauer, Hotel Kaiserhof, Hotel Baltic, Edenhotel, Hotel Hecker, Hotel Habsburger Hof, Hotel Continental, Savonhotel, Elitehotel, Hotel Fürstenhof, Palasthotel, Hotel Prinz Friedrich Karl (Töpfers Hotel), Hotel Am Tiergarten, Weinrestaurant Traubach, Weinrestaurant Pelzer, Weinrestaurant Hüth, Weinrestaurant Dressel, Weinrestaurant Hiller, Weinrestaurant O. Borchardt, Weinrestaurant Kempinsky, Weinhaus Rheingold, Weinrestaurant und Konditorei Kranzler, Restaurant Zum Heideberger und viele andere.

Es wird sich zeigen, ob Polizei und Staatsanwaltschaft vor diesen Drohungen noch weiter zurückweichen werden, oder ist es schon geschehen?

#### Beraubungen von Postwagen

Am Sonnabend früh fuhr der Postbote Lauterbach auf der Fahrt von Weiskene nach dem Postamt SM. 19 in der Beuthstraße aus einem Postwagen, dessen Begleitung ihm übertragen worden war, eine Geldbörse mit 100 000 Mark barem Geld. Während noch die Kriminalpolizei mit seiner Verfolgung beschäftigt ist, lief gestern früh die Meldung über eine neue Beraubung eines Postwagens durch einen ungetreuen Postbeamten ein. — In der Nacht zum Sonntag, kurz nach 12 Uhr, wurde in der Treasowallee zwischen Karlsruh und Friedrichshöhe ein Postwagen erbrochen und ausgeraubt vorgefunden. Die sofortigen Feststellungen ergaben, daß es sich um den Postwagen 218 handelt, der zwischen den Postämtern 77 am Anhalter Bahnhof und 44 in der Kronenstrasse Postpost zu befördern hatte. Führer des Wagens war der 18 Jahre alte, aus Berlin gebürtige Postillon Otto August Max Scholz aus der Kruckstraße 3. Da dieser schuldig ist, unterliegt es keinem Zweifel, daß er wahrscheinlich mit Helfershelfern, die Beraubung des Wagens vorgenommen hat. Er ist vernehmungsgemäß mit ihm anstatt nach dem Postamt 77 nach Karlsruh hinausgefahren, wo er in der stillen Treasowallee mit seinen Spiegelfellen die hintere Wagentür gewaltsam erbrach und den Inhalt des Wagens auf ein bereitstehendes Fuhrwerk überlad. Da die Besitze des jungen Postillons auf dem Verdeck des Wagens und im Wageninnern seine Handhabe gefunden wurden, so steht fest, daß er beim Verladen der gestohlenen Pakete mitgeholfen hat. Die Pakete haben wohl in der Hauptache Mäntel, Kleider und Hülsen enthalten, da sie zum größten Teil von Konfektionsfirmen ausgegeben worden waren. Scholz scheint übrigens früher schon Postdiebstähle verübt zu haben. In der Wohnung seiner Eltern wurden allerhand Sachen gefunden, die aus beraubten Postpaketen herzuwähren scheinen. Die elterliche Wohnung hat Scholz am Sonnabend früh verlassen und ist seitdem nicht wieder dorthin zurückgekehrt.

"Die Kämpferin" kostet von Nr. 21 ab 50 Bg. pro Exemplar. Durch Besehen der Expediteure wurden nur 30 Bg. berechnet. Wir bitten die Abonnenten, den Botenfrauen beim Kaufstücken des kleinen Restbestandes keine Schwierigkeiten zu bereiten.

Eine schwere Kohlenoxydvergiftung, durch die eine ganze Familie in Lebensgefahr schwebte und zwei Kinder den Tod fanden, ereignete sich gestern in der Anklamers Straße 13. Dort wohnte der Arbeiter Hermann Radik mit seiner Ehefrau und seinen vier Kindern im Alter von 1/2 bis 11 Jahren. Die Familie lebt in sehr ärmlichen Verhältnissen. Die Not war noch dadurch größer geworden, daß die Frau einen Beinbruch erlitt und hilflos dalag. Trotz des gedrohenen Weines verließ sie mit ihren Kindern so gut es eben ging die Wirtschaft. Als der Ehemann am Sonnabend abend von der Arbeit heimkehrte, bemerkte er sich noch am seine Frau, deren Zustand sich verschlechtert hatte. Bei der Hilfeleistung fiel der Mann plötzlich um und verlor das Bewußtsein. Morgens um 8 Uhr nahmen Nachbarn einen scharfen Gasgeruch wahr, der sie veranlaßte, in die Wohnung zu gehen und sich nach der Ursache umzusehen. Dabei entdeckten sie, daß die ganze Familie betäubungslos dalag; der Mann neben dem Lager der Frau auf dem Fußboden, ein kleiner Sohn in der Nähe des Fensters ebenfalls auf dem Fußboden, die übrigen Kinder in ihren Betten. Wahrscheinlich war der Junge durch den starken Gasgeruch wach geworden und hatte ein Fenster öffnen wollen, was dann aber auch, als er dieses erreicht hatte, zusammengebrochen. Sofort herbeigeholte Hilfe vermochte das Gasgas und die beiden jüngsten Kinder wieder ins Leben zurückzuführen, die beiden ältesten, der 11 Jahre alte Sohn Max und die 8 Jahre alte Tochter Betty waren bereits tot. Bei dem Abtransport der Leichen der beiden Kinder spielten sich herzerweichende Szenen ab, da die Eltern nicht glauben wollten, daß die Kinder tatsächlich tot waren. Deren Verlust ist für sie besonders schwer, da sie an ihnen schon eine Stütze hatten. Die Vergiftung ist zweifellos auf einen Unglücksfall zurückzuführen, deren Ursache noch nicht genau festgestellt ist. — Mit Gas vergiftet tot aufgefunden wurde gestern in der Marggrabenstraße 77 die 51 Jahre alte Buchhalterin Ida Kempler aus der Großboerenstraße 52. Sie hatte sich den Gasstand an die linke Hand gebunden und die Hähne geöffnet. Was sie in den Tod getrieben hat, steht nicht fest. — Aus unglücklicher Liebe erschossen hat sich der 21 Jahre alte Kontorist Willa Geisler aus der Siedingstraße 77. Er wurde von der Mutter in der Küche mit einer Schußwunde in der Schläfe tot aufgefunden. Nach einem hinterlassenen Abschiedsbrief hat er den Selbstmord aus unglücklicher Liebe begangen. — Erhängt hat sich die 69 Jahre alte Frau Amalie Scholz, geborene Bante, vom Wielenweg 58. Krankheit hat die Frau in den Tod getrieben. — Vergiftet. In einem Hotel in der Nähe des Bahnhofs Friedrichstraße machte der 43 Jahre alte aus Polen stammende Zahnarzt Dr. Hermann Erlich seinem Leben freiwillig ein Ende. Er wurde in seinem Hotelzimmer mit Coanfall vergiftet tot aufgefunden. Existenzschwierigkeiten haben den Arzt zu dem Vergewaltigungsschritt getrieben.

Voranschlägliches Wetter für Berlin und Umgebung am Dienstag. Ein wenig kälter, zeitweise auffarend, aber noch überwiegend trübe, bei ziemlich frischen, stillen Winden. Keine erheblichen Niederschläge.

